

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

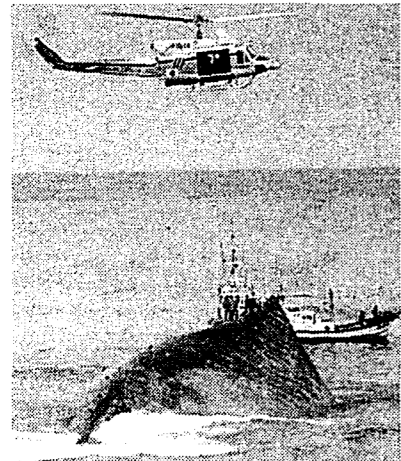
## AKTUELL

### Cotti geht nach Rom

Bern (AP) Bundesrat Flavio Cotti reist am kommenden Dienstag zu einem offiziellen Arbeitsbesuch nach Rom. Neben Gesprächen mit Aussenminister Lamberto Dini steht ein Treffen mit dem italienischen Präsidenten Oscar Luigi Scalfaro und ein Gespräch mit Premierminister Romano Prodi auf dem Programm, wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) am Freitag mitteilte. Bei dieser Gelegenheit werde der EDA-Vorsteher ebenfalls von Papst Johannes Paul II. zu einer Privataudienz empfangen.

### Ölpeppich auch vor Atomkraftwerken

Die Ölpest vor der japanischen Küste gestern auch eine Bucht erreicht, aus der Kühlwasser für Atomkraftwerke entnommen wird. Die Küstenwacht setzte in der Wakasu-Bucht acht ihrer Schiffe sowie 40 Fischkutter



ein, um mit zwölf Kilometer langen Ölsperren Schäden für das Kühlsystem der Nuklearanlagen zu verhindern. Das teilte ein Sprecher der Küstenwacht, Hisao Nishiyama, mit. Insgesamt trieben auf 1500 Kilometer Länge zwölf grosse Ölpeppiche vor der japanischen Westküste. Wechselnde Winde und rauhe See erschweren ihre Eindämmung.

In Mikuni, der am härtesten von dem russischen Tankerunglück betroffenen Küstenstadt, waren über 1000 Helfer im Einsatz, um den Strand zu säubern. Aus dem in der vergangenen Woche untergegangenen Tanker «Nachodka» (unser Bild) sind nach offiziellen Angaben 3,7 Millionen Liter Heizöl ausgelaufen.

## Warum ermittelt hier nicht die Staatsanwaltschaft?

Millionen an Staatssubventionen flossen an Krankenkassen entgegen den gesetzlichen Vorschriften – VU-Regierung will keine «Affäre»

(G.M.) – Der VU-Regierung kommt die Affäre um die Krankenkassen-Subventionen sehr unangelegentlich. Ihr Wahlmotto «Die tun was» erhält im Zusammenhang mit den gegen die gesetzlichen Vorschriften getätigten Subventionen von mehreren Millionen eine zweifache Bedeutung. Kein Wunder also, dass VU-Regierungsrat Michael Ritter – unterstützt von der VU-Zeitung «Liechtensteiner Vaterland» – mit allen Mitteln versucht, die Angelegenheit als Kleinigkeit abzutun und das Amt für Volkswirtschaft in die politische Verantwortung miteinzubinden.

«Ich übernehme die politische Verantwortung für die Krankenkassen-Affäre», erklärte Regierungsrat Michael Ritter am Dezember-Pressesgespräch auf eine bestellte Frage von «Vaterland»-Chefredaktor Günther Fritz, nachdem dem Wirtschaftsminister im Landtag der Vorwurf gemacht worden war, er nehme in dieser Affäre seine politische Verantwortung nicht wahr. Das «Liechtensteiner Volksblatt» werde

nicht müde, schrieb nun Fritz diese Woche, mit rein parteipolitisch motivierten Fragen, die es durch die Befragung der zuständigen Behörden leicht selber beantworten könnte, an seiner selbst in die Welt gesetzten These einer «Krankenkassen-Affäre» weiterzustricken. Dazu die simple Frage, die sich wohl jeder Steuerzahler stellt, um die Dimension der Angelegenheit begreifbar zu machen:

- Wie viele Millionen müssen es sein, bis die VU auch von einer Affäre spricht?
  - Dürfen in der Öffentlichkeit nicht mehr kritische Fragen gestellt werden, wenn es um 3,5 Millionen zuviel ausbezahlter Staatssubventionen geht?
  - Kann alles, was mit unangenehmen Finanzangelegenheiten – wie schon bei der Wohnbauförderungsdarlehen-Affäre – zu tun hat, mit der Kategorisierung «Parteipolitik» abgetan werden?
- Schon während der Budget-Debatte hatte der FBPL-Abgeordnete Gebhard Hoch die Krankenkassen-Affäre angesprochen und auf die nach seiner Ansicht unhaltbare Haltung des zuständigen Re-

gierungsrates Michael Ritter hingewiesen: «Wie er versucht, die Sache zu verharmlosen und herunterzuspielen, ist schon bedenklich.» Immerhin seien dem Staat über Jahre mehrere Millionen Franken zu Unrecht abgenommen worden.

### Keine «Duldung» ungesetzlicher Praxis

Das Amt für Volkswirtschaft, das als Amtsstelle der Regierung die Krankenkassen beaufsichtigt, hat das mutmassliche Ausmass der Krankenkassen-Affäre mit Hilfe einer Modellrechnung auf 3,5 Millionen Franken beziffert. Dieses Amt stellte auch klar, dass «keine Duldung» einer ungesetzlichen Subventionspraxis beschlossen worden sei – im Gegenteil: «Das Amt für Volkswirtschaft hat in den Jahren 1987 und 1990 an alle anerkannten Krankenkassen bzw. den Liechtensteinischen Krankenkassen-Verband ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Subventionen nur für Krankenpflegeleistungen an in Liechtenstein mit zivilrechtlichem Wohnsitz wohnhafte Versicherte und Erwerbstätige ausgerichtet

werden, wobei die Grenzgänger ausgenommen seien.»

● Hat die Amtsstelle die Krankenkassen zweimal – im Abstand von drei Jahren – auf diese gesetzliche Regelung hingewiesen, ohne dass ein spezieller Anlass gegeben war?

● Oder bestand der begründete Verdacht, dass irgendwelche Unregelmässigkeiten vorgekommen sind, weshalb der schriftliche Hinweis an alle Krankenkassen erging?

### Warum nicht die Staatsanwaltschaft?

Nach einem Beschluss der Regierung erhielt das Amt für Volkswirtschaft den Auftrag, «abzuklären, inwieweit den betroffenen Krankenkassen, Revisionsstellen und den involvierten Arbeitgebern ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorgeworfen werden muss.» Weshalb wurde der Amtsstelle, welche die Aufsicht über die Krankenkassen und die Revisionsstellen hat, dieser Auftrag erteilt? Weshalb ist nicht die Staatsanwaltschaft mit der Abklärung des strafrechtlichen Aspektes beauftragt worden?

## Frauen-Power: Gleichberechtigung in Liechtenstein gefragt

Regierungsrätin Andrea Willi stellte den Bericht der Regierung zur Gleichstellung von Mann und Frau vor – Die Hausaufgaben sind gemacht

(Kopf) – «Die Gleichberechtigung wird eine Daueraufgabe sein, die von allen Verantwortung, Rücksichtnahme und Toleranz verlangt.» Mit diesem Appell stellte Regierungsrätin Dr. Andrea Willi den Bericht der Regierung zur Gleichstellung von Mann und Frau vor. Damit ist die gesetzliche Basis für eine Chancengleichheit der Frauen geschaffen in Familie und Beruf, in der Schule, im Sozialrecht. Jetzt ist es an den Frauen Liechtensteins, ihre Rechte auch wahrzunehmen.

«Das Prinzip der Fairness und die Rücksicht auf Unterschiede in der Lebensrealität von Frauen und Männern» ist für Andrea Willi ein wichtige Leitlinie bei der Umsetzung der neuen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. «Frauen müssen selbstbewusster werden, am allgemeinen Leben teilzunehmen». Ein guter Weg sei, sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun.

«Je mehr das machen, umso mehr gibt das den Frauen Rückhalt.» Eine wichtige Informationsstelle sei das im Mai 1996 geschaffene «Gleichstellungsbüro», geleitet von Bernadette Kubik-Risch. Deren Aufgabe ist es, Konzepte, Strategien, Projekte für Frauen-Fördermass-



Regierungsrätin Andrea Willi und Bernadette Kubik-Risch stellten gestern an einer Pressekonferenz den «Gleichstellungsbericht 1996» vor. (Bild: vito)

nahmen auszuarbeiten. Anregungen von Frauenseite seien dazu sehr willkommen. Ein erklärtes Ziel der neuen Frauenpolitik ist, die Frauen auch verstärkt in Landtag, Regierung, Gemeinden, Kom-

missionen, Gerichte und Verwaltung zu bringen. Auch, um die Gleichberechtigung in Beschluss- und Beratungsorganen zu vertreten. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, die spezifische Ausbildung von

Mädchen in Schule und Beruf zu fördern. Karriereberatung soll es für die Frauen geben und Lohngleichheit. Job-Sharing-Modelle sollen ausgearbeitet, die Förderung von Teilzeitaltern forciert werden, damit die Realisierung der Gleichberechtigung nicht am traditionellen Frauenalltag festkleben bleibt.

Der Gleichstellungsbericht informiert einmal über die vorgenommenen Gesetzesanpassungen, liechtensteinische «Meilensteine der letzten Jahre», so Regierungsrätin Andrea Willi, «besonders im Bürgerrecht und im Sozialversicherungsbereich».

Zugleich zeigt das 63-Seiten-Papier Anregungen und Vorschläge auf, die bei der Ausgestaltung der Gleichstellungspolitik von Frau und Mann auf Regierungsebene näher geprüft werden sollen. Es informiert über Anlaufstellen für Frauen und die Geschichte der Gleichberechtigung.

«Frauen sollten sich Gebiete suchen in Politik, Wirtschaft, Sozialem, Kultur und sich darin dokumentieren», rät Andrea Willi, «dann kommt auch die Motivation. Wichtig ist dabei, nicht locker zu lassen. Der Weg von der gesetzlichen zur faktischen Gleichberechtigung wird ein langer sein.»

## Banken zu Gesprächen über Beteiligung an Fonds bereit

Frage entscheidungsreif – Weitere Distanzierung des Bundesrats von Delamuraz kein Thema

Zürich/Basel (AP) In die Frage der Schaffung eines Fonds zugunsten der Holocaust-Opfer kommt Bewegung: Bundespräsident Arnold Koller sagte am Freitag abend im Deutschschweizer Fernsehen, die Frage sei bezüglich der auf den Banken liegenden nachrichtlosen Vermögen relativ entscheidungsreif.

Koller machte die Aussage in der Diskussionssendung «Arena» und fügte hinzu, seines Wissens solle die Fonds-Frage bei den Banken sofort mit den Beteiligten diskutiert werden. Der Delegierte des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bankiervereinigung, Jean-Paul Chapuis, sagte auf Anfrage der AP, die Aussagen des Bundespräsidenten seien insofern durchaus richtig, als die Bankiervereinigung bereits entschieden habe, mit dem Bund über die Beteiligung an einem Fonds zu sprechen. Die Form der Beteiligung werde Gegenstand dieser Gespräche sein, sagte Chapuis. Die Banken haben in eigener Regie bisher rund 40

Millionen Franken an nachrichtlosen Geldern ermittelt, wovon bisher allerdings nur ein verschwindend kleiner Teil Nazi-Opfern zugeordnet werden konnte.

Laut Koller wird der Bundesrat Druckversuchen hinsichtlich eines Fonds nie nachgeben; er sei aber zu Gesprächen mit den Betroffenen bereit. Koller beharrte auf schrittweisem Vorgehen unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Historikerkommission. Nicht in allem werde aber deren Schlussbericht abgewartet. «Sachen, die vorher erhärtet sind, können auch vorher entschieden werden», sagte Koller und fügte bei: «Wenn Fakten auf dem Tisch sind, werden Entschiede fallen.»

Der Bundesrat habe mit seiner Erklärung zu den herrenlosen Vermögen vom vergangenen Dienstag «jedermann, der guten Willens ist», klar gemacht, dass es ihm ernst sei mit unvoreingenommener und vollständiger Aufklärung der Sachverhalte, sagte Koller. In der andert-halbständigen Telefonkonferenz zur

Formulierung der Erklärung habe sein Amtsvorgänger Jean-Pascal Delamuraz zu seinen umstrittenen Äusserungen über die Holocaust-Gelder eine Erklärung abgegeben und Missverständnisse bedauert. «Im Moment steht eine weitere Distanzierung nicht zur Diskussion», sagte Koller. Viel wichtiger sei, den gegenwärtigen «Wort- und Kleinkrieg» zu beenden.

Im «Arena»-Diskussionsteil zeigten sich Vertreter jüdischer Organisationen und Politiker nicht befriedigt von Kollers Äusserungen. Laut Thomas Lyssy vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) bestehen zur sofortigen Äufnung eines Fonds genügend erhärtete Fakten. Er erinnerte an den auf Betreiben der Schweiz eingeführten Judenstempel und die Abweisung von mindestens 30000 Juden. Ausserdem hätten jüdische Organisationen die Kosten von gut 50 Millionen Franken für die Betreuung jüdischer Flüchtlinge selber aufbringen müssen.

## Creutzfeldt-Jakob-Fall aufgetaucht

Bern (AP) In der Schweiz ist ein weiterer Fall der tödlichen Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJD) gemeldet worden. Betroffen war eine ungefähr 60jährige Frau, wie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) am Freitag mitteilte. Es handle sich um einen normalen CJD-Fall und nicht um eine Variante. Beim bisher letzten CJD-Fall war eine ungefähr 60jährige Frau am Lausanner Universitätsspital betroffen, wie BAG-Sprecher Jean-Louis Zürcher sagte. Dies bedeute allerdings nicht, dass die Frau aus dem Waadtland stamme. Es handelt sich um den siebten CJD-Fall des vergangenen Jahres. Die Zahl der Fälle ist damit seit 1988 auf insgesamt 69 gestiegen. Laut Zürcher ist der jüngste Fall nicht der CJD-ähnlichen Krankheit (V-CJK) zuzurechnen. Die britische Regierung hatte im März 1996 von dieser neuen Krankheit berichtet, die zehn Personen befallen habe.



federer  
AUGENOPTIK  
BUCHS UND TRIESEN

aktuelle Themen

15 Jahre für Mädchenschänder .....	2
Starkes Wachstum der Gardella .....	5
Neuer Liechtenstein-PEN-Preis .....	8
24 Fragen an Alois Beck .....	11
Fürstliche Sammellust .....	13
Karl Marxer – Eschner Mesmer .....	15
Heimspiele für Volleyballteams .....	19
Anschlag in Tel Aviv .....	24